



Pressemitteilung

Nürnberg, 30.03.10
PM 026f-10/LFGS
Verkehr

**Landesvorstand des Bundes Naturschutz
besucht Mittelfranken**

Klimaschutz konkret: Nein zur Nordspange durch den Reichswald – kein Ausbau des klimaschädlichen Flugverkehrs

Der Landesvorstand des Bundes Naturschutz schaute sich am 30. März 2010 im Reichswald bei Buchenbühl um und bekräftigte die klare Ablehnung der geplanten Schneise durch den Bannwald.

Günther Raß, Vorsitzender, und Wolfgang Dötsch, Artenschutzexperte der Kreisgruppe Nürnberg-Stadt sowie Klaus Miosga und Claus Böbeneker vom Bündnis Nein zur Nordanbindung führten die Landesvorstandsmitglieder von Gelände das ASV Buchenbühl am westlichen Rand des Stadtteils entlang des Kothbrunnengrabens zur geplanten Trasse, die schon vor längerer Zeit mit weißen Kreuzen und gelben Bändern an Bäumen markiert worden war. Am sog. Predigtstein, dem Ort regelmäßiger Schöpfungsgebete der im Bündnis beteiligten evangelischen Christen und unter einer Höhenmarkierung der geplanten Trasse erläuterten sie die Hintergründe der Planung:

Die Nordspange soll nach dem Willen ihrer Planer die Flughafenstraße mit der Autobahn Würzburg-Regensburg verbinden. Vorgesehen ist ein Tunnel von 1,17 km unter dem Flughafen und eine 2,45 km lange Straße durch den Sebalder Reichswald westlich von Buchenbühl. Tiefster Punkt der Trasse wäre 18,1 m unter Gelände im Bereich des Flughafens, der höchste Punkt läge 7,4 m über Gelände mitten im Wald. 2007 wurden die Kosten auf 60. Mio. € veranschlagt.

Die Flughafen Nürnberg GmbH, die IHK, die Staatsregierung, der Landkreis Erlangen-Höchstadt und die Nürnberger CSU befürworten das Vorhaben, das zu einer leichteren Erreichbarkeit des Flughafens von Norden, Osten und Süden beitragen soll. Mehrere, voneinander unabhängige Online-Umfragen der Zeitungen NN, NZ und AZ belegen aber eine hohe Ablehnungsquote in der Bevölkerung.

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Im laufenden Planfeststellungsverfahren wurden 16.400 Einwendungen erhoben. Im abgebrochenen Erörterungstermin im August 2008 haben sich die hydrologischen Unterlagen als unzureichend erwiesen. Nun soll das Verfahren mit nachgebesserten Unterlagen fortgesetzt werden. Der BN hat für den Fall eines Planfeststellungsbeschlusses mit Klage gedroht.

"Auf bis zu 40 Hektar sollen die Bäume im Nürnberger Reichswald, unserer grünen Lunge, sogar geschützt als Bannwald, beseitigt werden. Ein Ausgleich ist – so sagen es die Planfeststellungsunterlagen selbst – nicht möglich", so Günther Raß, Vorsitzender der BN-Kreisgruppe Nürnberg-Stadt. "Wenn als Ersatz das Neuanpflanzen von Wald nördlich von Kalchreuth und bei Lindelburg vorgesehen ist, bleibt das für das Lokalklima in Nürnberg ohne Auswirkung."

Das Bündnis "Nein zur Nordanbindung" aus Umweltverbänden, Bürgerverein, Sportverein, kirchlichen und nichtkirchlichen Friedensinitiativen, Verkehrsverband, Wanderverein und Parteien bestreitet nicht nur den Bedarf, sondern wendet sich gegen den massiven Eingriff in das Europäische Vogelschutzgebiet, die Rodung von 35 Hektar geschützten Bannwaldes, Grundwasserabsenkungen mit der Folge möglicher Austrocknung des Waldes und Bauschäden in umliegenden Stadtteilen, Zunahme des Lärms, Sicherheitsrisiken, militärischer Hintergründe und Entwertung wichtiger Wander- und Radrouten.

"Der Wald ist außerdem ein wichtiger Stabilisator des Großklimas. Wir brauchen den zusammenhängenden Reichswald für den Klimaschutz mehr denn je. Wald und Waldboden ist ein enormer CO₂-Speicher, jede Rodung und jede Versiegelung sind ein Schritt in die falsche Richtung. Ersatzaufforstungen sind keine Lösung, weil sie ja auf bereits klimaschützenden Böden vorgenommen werden. Der Bund Naturschutz wird hier alle Möglichkeiten ausschöpfen, um dem Dammbbruch bei Reichswaldeingriffen etwas entgegenzusetzen", so Hubert Weiger, Landesvorsitzender des BN.

"Der BN begrüßt den beginnenden Umdenkungsprozess in der SPD, die Denkpause ist aber keine ausreichende Lösung, weil die Stadt nach einem Planfeststellungsbeschluss nicht mehr viel mitzureden hat, ob der Bund dann baut. Jetzt müssen sich auch die CSU und die FDP endlich bewegen. Ihre Betonfraktionen dürfen nicht weiter das Sagen haben. Umweltminister Söder ist in der Pflicht, sich vor den Wald zu stellen", so Weiger.

Bündnis "Nein zur Nordanbindung"

Gegen das Vorhaben hat sich das Bündnis "Nein zur Nordanbindung" des Nürnberger Flughafens aus Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN), Fränkischer Albverein Nürnberg e.V. (FAV), Aktionsbündnis lebenswertes Ziegelstein ABZ, Siedlervereinigung Buchenbühl, Landesbund für Vogelschutz (LBV), Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Verkehrsclub Deutschland (VCD), Nürnberger Evangelisches Forum für den Frieden (NEFF), Fluglärmschutzgemeinschaft, Sportverein ASV Buchenbühl, Jugendorganisation Bund Naturschutz (JBN), Nürnberger Friedensforum, Kreis Nürnberger Entomologen e.V. und ein Kreis entschlossener Bürger zusammengeschlossen.

Sie alle eint die Überzeugung, dass der Bedarf für die neue Straße nicht nachvollziehbar dargestellt ist. Schon aus den Geschäftszahlen des Flughafens für die letzten Jahre lässt sich ablesen, dass die Passagier- und Frachtraten nicht wie in den Planfeststellungsunterlagen angenommen steigen, sondern vielmehr sinken werden. Dies ist nicht die Folge einer konjunkturellen "Delle", sondern das Anzeichen für einen längerfristigen Strukturwandel im Luftverkehr. Der Flughafen Nürnberg ist außerdem mehrfach als bester Regionalflughafen auch wegen seiner guten Verkehrsanbindung (U-Bahn, Autobahnanschluss Tennenlohe) ausgezeichnet worden. Der Verkehr vom und zum Flughafen auf Bierweg und Marienbergstraße ist auch geringer, als in den Planfeststellungsunterlagen dargestellt. Diese Straßen sind vor allem belastet durch den Ost/West-Verkehr zwischen Wohnorten und Arbeitsplätzen im Norden der Stadt.

Dazu kommt, dass die Auswirkungen auf das Grundwasser nach wie vor unzureichend dargestellt sind, und zwar sowohl für das fertig gestellte Projekt wie erst recht für die Bauphase. Schon beim U-Bahn-Bau waren die Gutachten der Landesgewerbeanstalt unzureichend, 2008 haben sie nicht gestimmt – warum sollten sie jetzt richtig sein?

Der Verbrauch von Natur und Landschaft wird auf 110.800 Quadratmeter beziffert. Damit ist aber nur die jetzige Waldfläche gemeint, die später als Straße herausgemessen werden soll. Und die soll ja, soweit sie Bannwald ist, nördlich von Kalchreuth und bei Lindelburg ersetzt werden. Für die Bauzeit freilich wird die Waldzerstörung 388.000 Quadratmeter messen. Das Nachwachsen des Waldes auf diesen Flächen wird zwei Menschen-Generationen dauern. Hinzu kommt, dass die geplante Straße westlich von Buchenbühl noch einmal etwa 800.000 Quadratmeter Wald vom Zusammenhang mit der freien Landschaft abtrennen würde.

Der Eingriff in das europarechtliche geschützte Vogelschutzgebiet wäre massiv. Europaweit geschützte Mittelspechtvorkommen und viele andere Arten wären direkt betroffen, das mögliche Absterben alter Eichen durch Grundwasseränderungen würde Nachfolgeprobleme verursachen.

Jenseits von Naturschutzüberlegungen ist der Plan des staatlichen Bauamts für die Bewohner von Buchenbühl ein Hohn. Im Norden die Autobahn, im Osten die B 2, im Süden der Flughafen – und jetzt auch im Westen dicht? Der Wanderweg am Kothbrunnengraben wird auf 7,30 m über die neue Straße geführt – aber wer mag da noch wandern? Wie so etwas wirkt, sieht man an den traurigen Resten von Maiach und Hinterhof im heutigen Hafengelände. Die Grundstückswerte werden auch in Buchenbühl sinken.

Denkpause?

Die vielfältigen Aktionen von Bündnis und BN haben gewirkt: in der Stadtpolitik ist die Frage der Nordanbindung, die seit dem Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen den Stadtratsfraktionen von SPD und CSU von 2008 zugunsten des Straßenbaus besiegelt schien, wieder in Bewegung geraten. In der Stadtratssitzung vom 3.II.2010 hat auch Oberbürgermeister Dr. Maly verlangt, dass im Planfeststellungsverfahren die Erkenntnisse, die Dr. Otto Heimbucher und Stefan Ebertsch zu den angesprochenen offenen Fragen eingebracht haben, in die Prüfung einfließen sollen. Auch der Eingriff in Natur und Landschaft soll dann neu abgewogen werden. Der Stadtrat hat – gegen die Stimmen der Grünen, der Linken und der ÖDP – beschlossen, dass das Planfeststellungsverfahren zur Prüfung der offenen Fragen abgeschlossen werden soll und – gegen die Stimmen von CSU und FDP – dass bis 2013 noch einmal über die städti-

sche Zustimmung zum Bau der geplanten Bundesstraße nachgedacht werden soll. Die CSU-Fraktion sieht diesen Beschluss als Signal zum Ausstieg aus dem Projekt Nordanbindung.

Spenden!

Für den unerlässlichen professionellen Beistand bei einer anstehenden Klage sammelt der BN bereits jetzt Spenden: Bund Naturschutz, "Nordanbindung", Konto 100 8551, Sparkasse Nürnberg, BLZ 760 501 01.

Reichswald bedroht wie seit den 70er Jahren nicht mehr

Mit der geplanten Südumfahrung Buckenhof-Uttenreuth-Weiher St 2240, der geplanten Rodung für die Erweiterung des Sportgeländes in Tennenlohe, der geplanten Rodung für die Erweiterung des Sportgeländes in Heroldsberg, dem geplanten Bau der Abwasserentsorgungsanlage Kalchreuth, der Rodung und geplanter weiterer Rodungen am Flughafen Nürnberg, der geplanten Nordspange zum Flughafen, dem geplanten Gewerbegebiet südlich des Nürnberger Hafens "Südlich der Wiener Straße", dem geplanten Industriegebiet der Fa. Diehl bei Röthenbach a.d.P., dem geplanten Neubau der Staatsstraße Feucht-Penzenhofen, dem geplanten Gewerbegebiet "Moser Brücke" bei Feucht, der geplanten Südanbindung zum Gewerbegebiet Nürnberg-Feucht, und geplantem Sandabbau auf diversen Flächen nach der derzeit laufenden Fortschreibung des Regionalplans Industrieregion Mittelfranken, dem geplanten Bau eines Lichtwellenleiters der Weigand Bau im südlichen Reichswald, dem Betrieb der Erd- und Bauschuttdeponie Schwarzenbruck, weiteren Abbau- oder Deponievorhaben im Nürnberger Reichswald, die genehmigt, aber noch nicht ausgeführt oder derzeit noch in Planung sind ist eine beispiellose Rodungsorgie im Reichswald geplant. Mehrere hundert Hektar Wald stehen zur Disposition. In nahezu allen Fällen hat der BN, oft zusammen mit Bürgerinitiativen und Verbänden bereits Alternativen vorgeschlagen.

In den 70er Jahren, auf dem Höhepunkt der Waldrodungen, wurden bis zu 300 Hektar Wald pro Jahr vernichtet. Mit dem Slogan "Rettet den Reichswald" gelang es waldschützenden BürgerInnen und dem BN bis in die neunziger Jahre, die Rodungen auf ca. zehn Hektar pro Jahr zu reduzieren.

für Rückfragen:

Tom Konopka, Regionalreferent für Mittel- und Oberfranken

Tel.: 0173 4466553, tom.konopka@bund-naturschutz.de

Claus Bößenecker, Bündnis NEIN zur Flughafen-Nordanbindung

Tel.: 0911/662032, chboessenecker@web.de